

Michael Schlicht

Afrikas Gesellschaften auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Nach dem Ende des Kalten Krieges und gespeist durch die Entwicklung in Südafrika richten sich die Erwartungen der Bevölkerung afrikanischer Länder sowie der internationalen Geber auf mehr demokratische Kontrolle und einen verlässlichen Führungsstil. Politische Parteien und Institutionen der Zivilgesellschaft sind aber oft noch zu schwach organisiert, um effektiv gesellschaftspolitische Verbesserungen einzufordern. Die Medien stehen unter staatlichem Druck. Ernstgemeinte Bemühungen um substantiellen Fortschritt werden zudem durch Einmischung von außen sowie Zwistigkeiten und Mißwirtschaft von innen konterkariert.

Eine Renaissance Afrikas?

Wer als deutscher Zeitungsleser zum Thema Afrika einmal eine andere Botschaft erhalten will als Flüchtlingselend und Hungerkatastrophen, muß schon lange danach suchen. Schlagzeilen wie "Afrika erntet die Früchte der Reformen" mit dem Untertitel "Die höchsten Wachstumsraten seit Jahrzehnten – immer mehr Staaten schwenken um zu Demokratie und Marktwirtschaft"¹⁾ scheinen daher fast etwas deplaziert zu sein; jedenfalls läßt ihre Seltenheit in gewisser Weise darauf schließen, daß sich die gegenteiligen Nachrichten besser verkaufen lassen. Und doch existieren über diesen riesigen Kontinent auch andere Botschaften, fahren deutsche und andere internationale Spitzenpolitiker häufiger dorthin, als manch einer es wahrnimmt. Die Vertreibung des Diktators Mobutu aus dem früheren Zaire, der heutigen Demokratischen Republik Kongo, im Mai vorigen Jahres durch eine Befreiungsarmee hat über Monate auch deutsche Zeitungsspalten gefüllt. Heute, gerade erst ein Jahr danach, ist von dieser guten Botschaft mit all ihren Zweifeln und Hoffnungen, mit der praktisch unblutigen Eroberung der Sieben-Millionen-Stadt Kinshasa nur der übliche Pessimismus geblieben. Präsident Clinton dagegen, der im März dieses Jahres mit einer großen Delegation in das Nachbarland Uganda kam und dort den kongolesischen Präsidenten Kabila traf, sagte zu diesem Thema knapp: "Ich finde die Revolution im Kongo gut."

Nicht nur die Amerikaner haben ihr Interesse an Afrika neu entdeckt. Im Juni dieses Jahres machte Frankreichs Staatspräsident Chirac eine Besuchsreise durch eine Reihe afrikanischer Staaten in dem Bemühen, den Standort seines Landes als großer politischer Mitspieler zwischen kolonialem Erbe und künftigen Märkten neu zu definieren. UN-Generalsekretär Kofi Annan ist Afrikaner und erkennbar darum bemüht, das Interesse an diesem Kontinent hochzuhalten. Welche guten Botschaften gibt es dort? Da ist einmal das mit Spannung beobachtete Bestreben, nach dem Ende der Apartheid in Südafrika dort auf allen Ebenen eine neue, demokratische und dem Weltmarkt gewachsene Gesellschaft aufzubauen. Aber es geht nicht nur um die bislang mit Präsident Nelson Mandela verbundenen großen Erwartungen am Kap. Wer weiß schon, daß Südafrika und Namibia mit die liberalsten Verfassungen der Welt haben? Daß seit 1990, dem Jahr beispielsweise der Unabhängigkeit Namibias, in fast 30 Staaten Afrikas demokratische Wahlen stattgefunden haben? Daß es auch in Schwarzafrika so etwas wie 'kleine Tiger' gibt, z.B. Uganda? Daß Kapstadt um ein Haar Gastgeber der Olympischen Spiele im Jahr 2004 geworden

wäre? Jedenfalls hat Jürgen E. Schrempp, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, anlässlich der Vorstellung der 'Initiative südliches Afrika der Deutschen Wirtschaft' 1996 gesagt: "Die Region südliches Afrika zählt ohne Zwei-fel zu einem der zehn wichtigsten *emerging markets* der Welt", Ein anderer Investor wie der Coca-Cola-Chef drückte es kürzlich amerikanischer aus: er sei "scharf, sogar sehr scharf auf Afrika". Doch auch andere haben Anzeichen für Entwicklungen entdeckt, die auf neue Märkte schließen lassen. *Black is beautiful*, nicht nur in der Top-Mode, sondern beispielsweise auch in der amerikanischen Musikindustrie. Und für diesen Geschäftszweck haben Pop-Größen wie Michael Jackson sogar ihre afrikanischen Vorfahren wiederentdeckt.

Zugegeben, das Gesamtbild bleibt alles andere als rosig. Aber trotz allem prognostizierte auch die Weltbank für die laufende Zehnjahresperiode bis 2005 jährliche Steigerungsraten des BIP von 3,8 Prozent, einen Rückgang der Inflationsrate von 9,6 auf 8 Prozent und eine Zunahme der Exporte von 2,6 auf 4,6 Prozent. Afrika als Partner, als Handelspartner des Westens? Morgendämmerung einer künftigen neuen Weltmacht in Südafrika? Ein neuer *wind of change* in dem als verloren geglaubten Kontinent, "afrikanische Wiedergeburt" (Thabo Mbeki), oder vielleicht doch nur das übliche Tamtam der Buschtrommeln?

Afrikanische Probleme und Sichtweisen in der Nord-Süd-Achse

Als in den sechziger Jahren eine Reihe afrikanischer Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen wurde, galt Afrika als Hoffnungsträger einer freier werdenden Welt. Doch schon bald stellten sich politische und wirtschaftliche Fehlschläge ein. Die Stichworte hierfür sind bekannt; sie machen einen erheblichen Teil unserer Wahrnehmung Afrikas aus: Diktatur und Einparteiensaat, Korruption, Menschenrechtsverletzungen, Niedergang der Wirtschaft, steigende Verschuldung, ungebremstes Bevölkerungswachstum, ungelöste Landfragen etc. Zu einem erheblichen Teil waren diese Fehlentwicklungen und Enttäuschungen sicher eine Folge der kolonialen Vergangenheit: Mangelnde Vorbereitung einer neuen Führungsschicht auf politische und administrative Aufgaben, fehlender Rückhalt der neuen Eliten in der Bevölkerung und damit geringe Bereitschaft, letztere an den Zukunftsaufgaben partizipieren zu lassen, das Verbleiben wichtiger Ressourcen in wenigen, oft weißen Händen. Diese Ursachen können aber nicht die vollständige Erklärung dafür bieten, warum sich in etlichen Staaten der Region die Verhältnisse nicht gebessert haben, obwohl bis heute genügend kluge Köpfe durch Schulen und Universitäten im In- und Ausland gegangen sind.

Zu einem erheblichen Teil dürften auch die durch die Kolonialherren vorgegebenen gesellschaftlichen Strukturen die Ursache für pervertiertes Verhalten sein. Afrikanisches Denken bewegte sich nicht in festen, staatlich einheitlichen Gesellschaftsstrukturen, sondern war eher auf weiträumige Gebiete bezogen, in denen man ständig auf der Wanderschaft war. Grenzen in unserem Sinne gab es nicht; Fragen des Aufenthalts und der Landnutzung waren im Rahmen gewachsener Einflußsphären akzeptiert oder toleriert. Unterschiedliche soziale Gruppen mit divergierenden kulturellen Wertemustern suchten hier nebeneinander ihren Platz. Über solche Konsensnormen war nun ein fremdes Raster gelegt worden, das sich an divergierenden europäischen Machtinteressen und an der Beherrschbarkeit der kolonialen Verwaltungseinheiten orientierte. Daß von den bunten Vielvölkergemeinschaften kein national-staatliches Bewußtsein erwartet werden konnte, nachdem ihre Siedlungsgebiete künstlich zerschnitten worden waren, liegt auf der Hand. Ähnliche Erscheinungen mit krisenhaften Folgen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen finden sich selbst heute noch in Teilen Europas. Wen wundert's, daß die Führer mancher, zu Einfluß gelangter Stämme die Macht für sich beanspruchten und sie im Interesse der "nationalen Einheit" mit allen Mitteln gegen Rivalen abzusichern suchten? Korruption und Vetternwirtschaft, zunehmende Verarmung und Flucht in die Städte mit allen Folgen verfallener oder gänzlich fehlender Infrastrukturen, Überbevölkerung, Krankheiten, Wassermangel, Kriminalität sind nur die logischen Konsequenzen einer massenhaften Entwurzelung und eines zunehmenden Gefangenseins in der täglichen Lebenssicherung. Riesige Bodenschätze, die nicht erschlossen werden können oder sich in den Händen weniger, oft noch ausländischer Nutzer befinden, sind da kein Ausweg in den Reichtum.

Jedenfalls stellt dieses Szenario sowohl für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit internationaler Geber als auch für private Investoren ein erhebliches Hemmnis dar, nachhaltige Fortschritte in dem durch die rasche Globa-

lisierung vorgegebenen zeitlichen Rahmen zu erreichen. Der Klarheit halber ist allerdings darauf zu verweisen, daß die geschilderten Rahmenbedingungen keineswegs überall auf dem Kontinent in gleicher Weise Geltung haben. Es gibt Staaten wie Namibia, Südafrika oder auch Simbabwe, in denen es möglich ist, sein Leben lang inselartig nach vollem europäischen Standard auszurichten, und andere, deren Lebensverhältnisse sich gänzlich am Ende der Skala bewegen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges: Demokratie als neues Konzept?

Der Zusammenbruch des kommunistischen Machtblocks Anfang der neunziger Jahre hat das politische Gesicht des Kontinents essentiell beeinflußt. Die Zugehörigkeit zum östlichen oder westlichen Lager war tägliche Erfahrung der Verwaltung, des Militärs, der Politiker und der Wirtschaftsführer. Hier, auf den Spielwiesen der Supermächte, wurden Interessengegensätze deutlich, die man auf den Cocktailparties der nördlichen Hemisphäre diplomatisch wegstecken konnte. Hier konnten afrikanische Regierungen Entwicklungshilfegelder einfordern, indem sie sozialistische Treue oder demokratisch-marktwirtschaftliches Gehabe vorgaben. Somit ist es kein Wunder, daß manchem afrikanischem Mann auf der Straße der Fall der Berliner Mauer weit eher geläufig ist als manchem deutschen Abiturienten die Ereignisse, die das Ende der Apartheid in Südafrika einläuteten. Wir wissen, wie schwer den Europäern die Antwort auf die Frage fiel, was nach dem Ost-West-Konflikt kommen soll. Um so schwerer war die Frage für afrikanische Führer aus ihrer nun unsicher gewordenen Abhängigkeit (oder Unabhängigkeit?) von politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Einflüssen zu beantworten.

Afrikanische Gesellschaften und afrikanischer Führungsstil beruhten seit jeher auf patriarchalisch-bäuerlichen Strukturen. Die Kolonialzeit griff dies auf, indem der *Master* sich um alles kümmerte: Wohnung, Lohn, Brot und Kleidung. Die postkolonialen Führer perpetuierten dieses Obrigkeitsdenken, zumal viele aus einem autoritärem Umfeld kamen. In etlichen Staaten wurde dies durch die Etablierung sozialistisch-zentralistischer Führungsstrukturen noch begünstigt. Diese tiefsitzenden Muster mögen erklären, warum sich selbst brillante Intellektuelle schwer damit tun, Initiativen zu ergreifen, gesellschaftlichen Wandel zu organisieren und erworbene Machtpositionen demokratisch zu legitimieren oder gar freiwillig zu räumen. Für den, der in einer Massengesellschaft einmal die seltene Chance hat, selbst *Master* zu sein, gilt: *The winner takes it all*. Das hat weitreichende Konsequenzen. So gibt es keine 'loyale' Opposition. Wer an der Macht ist, weiß, daß Machtverlust auch sozialen und ökonomischen Abstieg bedeutet. Diese Voraussetzungen führen schließlich zu staatlich sanktionierter und sozial akzeptierter Plünderung staatlicher Ressourcen durch die Machtelite, solange sie nicht in irgendeiner Weise kontrolliert wird.

Seit dem Umbruch im Osten Europas ist in afrikanischen Staaten viel von Demokratie die Rede. Kann sie das entstandene Vakuum füllen und neue Hoffnungen auf eine wirkungsvolle und dauerhafte friedliche Entwicklung geben? Um uns dieser Frage zu nähern, sollten wir zunächst einmal unsere eigenen Denkweisen und Beurteilungsmaßstäbe auf die dortigen Rahmenbedingungen justieren. Dazu einige Beispiele:

Demokratisierung als neuerliche Fremdherrschaft?

Kaum ein Grundsatzartikel oder eine Rede zum Thema läßt sich finden, in denen nicht gefordert würde, wir sollten anderen unser System "nicht einfach überstülpen". Ich kenne niemanden, der das wollte, noch habe ich bei vielen Gelegenheiten in den Ländern der Region jemanden bei dieser Tätigkeit beobachten können. Afrikaner sind heute im übrigen viel zu selbstbewußt, um dies zu akzeptieren. Reißerische Schlagzeilen wie "Oktroyiert und ohne Tradition?"²⁾ konterkarieren eher die wohlmeinenden Initiativen vieler Geber – zumindest sind sie zu kurz gegriffen. Gesellschaftspolitische Programmansätze westlicher Länder können heute, spätestens wenn es um ihre Durchführung geht, nur noch in Partnerschaft erörtert werden. Gelegenheiten zum Studienbesuch in Europa sind begehrt, nicht um das fremde System einfach mit nach Hause zu nehmen, sondern um von ihm zu lernen und Ideen zu gewinnen, die dem derzeitigen Entwicklungsstand im jeweiligen Land entsprechen. Der Bedarf an westlichem Know-how, an langfristigen Strategien, an professioneller Ausübung von Aufgaben und Vertretung

von Minderheitenpositionen sowie an effektivem Aufbau demokratischer Strukturen im Land ist unendlich. Die Afrikaner geben uns schon rechtzeitig zu verstehen, in welche Formen sie dies gießen wollen und wann sie selbst das Ruder in die Hand nehmen wollen. Wir sollten uns also nicht immer wieder für die Chance entschuldigen, anderen unsere Erfahrungen weiterzugeben. Die Achtung der Menschenrechte, eine effektive und kontrollierte Gewaltenteilung, das Recht auf freie Meinungsäußerung mögen in unterschiedlichem kulturellem Kontext verschieden ausgeprägt sein, sie einzufordern bedeutet aber keine Verletzung afrikanischer Traditionen. Natürlich gibt es kritische Stimmen seitens des afrikanischen Establishments, die die Forderungen internationaler Geber wie der OECD, der Weltbank oder des IWF nach *Good Governance* als neue Form der Fremdherrschaft bezeichnet. Die Motive für solche gelegentlichen Äußerungen sind aber oft zu vordergründig und erübrigen hier eine weitere Diskussion.

Afrikanische Traditionen – vom Grundsatz her undemokratisch?

Vielfach wird – ohne näheren Nachweis – behauptet, Demokratie habe in Afrika keine Tradition. Unbestritten ist, daß es dort keine demokratisch verfaßten Staaten in unserem Sinne gab, zumal sich der Zusammenhalt der Gesellschaften weitgehend nicht auf normierte Staatsformen stützte. Andererseits gab es Formen demokratischer Partizipation in den vorherrschenden Sozialstrukturen. Afrikanische Politiker beklagen, daß ihnen vom Westen die Begrifflichkeiten vorgegeben werden, was unter Demokratie zu verstehen sei. Dabei geht es nicht um das Anzweifeln allgemein gültiger Grundsätze, sondern um deren Ausprägung in konkreten gewachsenen Formen. Westliche Termini sehen teilweise zu eng oder trafen den Sachverhalt nicht voll. Auch frage sich, ob die Länder des Nordens an ihre eigenen Traditionen so strenge Maßstäbe anlegten wie bei anderen.

Afrikanischen Wissenschaftlern sind staatsrechtliche Ansätze von Plato bis Rawls durchaus geläufig. Unsere Lehrbücher sind dagegen mangels geeigneter Quellen unvollständig, wenn es um frühe Ausformungen von Staatlichkeit in Ländern auf der Südhalbkugel geht. Demokratische Grundregeln des Zusammenlebens nach traditionellem Verständnis sind gemeinsames Kulturgut in Schwarzafrika. Sie werden z.B. in der Sprache der südafrikanischen *Zulu Ubuntu* (menschliches Miteinander) genannt. Die Shona in Simbabwe nennen es *Chivanhu*, die Nyanja in Sambia *Umunthu*, die Tonga wiederum *mntu mwimene*. Afrikanische Wissenschaftler haben dieses Thema erst in jüngerer Zeit, vor allem im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit Südafrikas, für sich entdeckt und versuchen, die Relevanz „afrikanischer Ansätze“ bei der Entwicklung der neuen Demokratien zu definieren. Das Verständnis dieser althergebrachten Wertvorstellungen als Brücke für fortschrittliches Gedankengut kann dessen Akzeptanz entscheidend fördern.

Ubuntu wird als eine Lebensphilosophie beschrieben, die in ihrer grundlegenden Bedeutung die Wertschätzung der Person, Menschlichkeit, menschliches Miteinander und Moralität in der Gesellschaft reflektiert; eine Metapher, die Solidarität in der Gruppe und den fundamentalen Glauben daran beschreibt, daß der Mensch nur zum Menschen wird durch die Gemeinschaft mit anderen Menschen. Mit anderen Worten, die Existenz des Individuums und sein Wohlergehen hängen von dem der Gruppe ab. Wenn der einzelne in der Gruppe überleben will, muß das Überleben der Gruppe gesichert werden. *Ubuntu* enthält Grundsätze in horizontaler Richtung (z.B. Miteinander in der Familie, mit Nachbarn) sowie im vertikalen Sinne (Miteinander von Regierenden und Regierten). Zu diesen Grundsätzen zählen etwa festgelegte Formen der Meinungsbildung bei Entscheidungsprozessen der Herrscher oder der traditionellen Chiefs. Wurden die Regeln der Meinungsbilder verletzt, war die Entscheidung nicht legitimiert. Es war also keineswegs so, daß afrikanisches Denken herkömmlicherweise nur auf eine Monopolisierung von Macht abzielte und abweichende Meinungen nicht zuließ. Im Gegenteil: die sprichwörtlichen Beratungen unter dem Baum sollten gerade Akzeptanz und Integration von Andersdenkenden garantieren, und nicht, worin die Gefahr westlicher Mehrheitsdemokratien liegen kann („Mehrheit ist Mehrheit“), Minderheiten frustrieren.³⁾ Ein afrikanisches Sprichwort sagt: „Höre den Rat vieler kluger Leute, doch folge dem eigenen Kopf“. Wenn die Regeln eingehalten werden, wird die herrschende Meinung akzeptiert. Daß Regierungen versuchen, oppositionelle Auffassungen in der Öffentlichkeit nicht zu Wort kommen zu lassen, geschieht auch außerhalb Afrikas, und wenn oppositionelle Zeitungen, wie z.B. in Malawi, noch so positive Amtshandlungen der Regierung aus Prinzip erst auf den hinteren Seiten erwähnen, so ist

dies schlichtweg politische Unreife. Die traditionelle Gemeinschaft konnte nach den Regeln des *Ubuntu* "mit den Füßen" über ihren Chief abstimmen und ihn sogar abwählen. Dagegen werden heute übliche Methoden der Regierenden, ihre Herrschaft mit Waffengewalt abzusichern, als westliches Denken bezeichnet. Diese traditionellen Denkansätze sind sicher eine vertiefte Betrachtung wert. Wir sollten also – bei aller Vorsicht gegenüber möglicher modischer Verklärung der Vergangenheit – in unserer Wertung hinsichtlich der Demokratiefähigkeit anderer zumindest etwas vorsichtiger und differenzierter sein.

Forderung nach Menschenrechten – 'verfrüht'?

Mißtrauen ist ferner geboten bei dem nicht endenden Nachdenken darüber, ob die Forderung nach demokratischer Entwicklung in afrikanischen Staaten nicht 'verfrüht' komme.⁴⁾ Gewiß mag mancher trefflich darüber streiten, ob die Fülle infrastruktureller Probleme und Unzulänglichkeiten in den meisten Staaten nicht erst einmal durch eine 'weiche Diktatur' vorsortiert werden sollte, bevor an eine breitere Partizipation politisch Andersdenkender oder der breiten Bevölkerung an Entscheidungsprozessen zu denken sei. Diese Denkweise ist gefährlich; sie stellt nicht nur in Frage, ob die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten ein aufschiebbares Luxusgut sei (wohlgemerkt: für andere), sondern verkennt auch, daß die politische Gesamtsituation und die Zukunftsprognosen in zahlreichen der betroffenen Länder nicht auf das (Fehl-)Verhalten der dortigen Führung oder der herrschenden Einheitspartei reduziert werden können. In derartigen Ländern ist oft eine ganze Generation gut ausgebildeter Nachwuchspolitiker – oft noch im Verborgenen – auf dem Sprung, die Verhältnisse zu ändern, woran sie nur durch existentielle Repressalien wie den Verlust des Arbeitsplatzes oder gar Inhaftierung gehindert wird.

Die hier kritisierte Auffassung scheint durch Experimente wie etwa in Uganda bestätigt zu werden, wo Präsident Museveni mit seinem als "Kein-Parteien-System" firmierenden Einparteiensystem einen raschen wirtschaftlichen Aufschwung bewirkt hat. Internationale Geber haben ihre Freude an den aufwärts zeigenden Kurven und belohnen diese Bemühungen durch enorme Investitionszusagen und Schuldennachlässe. In den Ländern des südlichen Afrika ist aber gerade der Fall Uganda Tagesgespräch und Ziel von Kritik. Jedermann weiß, daß ein auf eine Führungspersonlichkeit und ihr Entwicklungskonzept zugeschnittenes System keinen dauerhaften Erfolg garantiert. Jedes Zeichen der Anerkennung des ugandischen Weges aus dem Westen wird von anderen in der Region sofort dahin gehend mißverstanden, daß man auch ohne demokratische Mühsalen durchkommt: Musevenis 'Ziehsohn' Kabila hat nach seinem Sieg in der heutigen Demokratischen Republik Kongo ebenfalls sofort sämtliche Aktivitäten politischer Parteien verboten und eine Einheitspartei gegründet. Von ihm verlangen nicht nur die USA nun, ein Jahr nach einem Bürgerkrieg, die Wiederherstellung des Pluralismus, während sie in Uganda zwölf Jahre nach einem Bürgerkrieg eine bemerkenswerte Toleranz an den Tag legen. Museveni argumentiert, daß Pluralismus keinen Platz in einer multi-ethnischen Nation habe und nur zu ethnischer, kultureller und religiöser Polarisierung führen würde. Der Sinn und die Ernsthaftigkeit des für das kommende Jahr in Aussicht gestellten Referendums über die Wiedezulassung des Mehrparteiensystems werden nicht nur von der ugandischen Opposition, sondern auch von ausländischen politischen Beobachtern angezweifelt. In zahlreichen afrikanischen Staaten, die Anfang der sechziger Jahre zur Unabhängigkeit gelangten und in denen man sich zunächst um eine gewisse wirtschaftliche Konsolidierung kümmern wollte, bevor eine demokratische Öffnung versprochen wurde, sind bis heute weder wirtschaftlicher Aufschwung noch eine spürbare demokratische Partizipation erkennbar. Natürlich läßt sich durch eine differenzierte Betrachtung afrikanischer Realitäten eine Fülle von Beispielen ausmachen, warum es Fehl-schläge gegeben hat und geben wird, warum manche unserer Denkweisen und Prämissen nicht greifen und warum es besser wäre, Schritt für Schritt einen wie auch immer gearteten ordnungsgemäßen Weg zu gehen. Entwicklungsländer können sich diese Option nicht aussuchen; die Entscheidung ist ihnen durch die von uns forcierte Globalisierung vorgegeben: Sie müssen den Anschluß an moderne wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen so rasch wie möglich und trotz aller Unzulänglichkeiten erreichen. Mag sein, daß mancher überfordert ist, von dem über Nacht wirtschaftliche Reformen oder die Einführung einer demokratischen politischen Ordnung gefordert wird. Aber es gibt für ihn keine Alternativen.

Allein die Tatsache, daß es allerorten noch an einer wirksamen Kontrolle der Regierenden durch politischen Pluralismus fehlt, sowie die Unfähigkeit westlicher Staaten, durch eine abgestimmte Geberpolitik zu einer guten gesellschaftlichen Entwicklung beizutragen, zeigt, daß man den Versprechungen neuer einheimischer Führungen, demokratischen Grundsätzen in Bälde Geltung zu verschaffen, nur begrenzt Glauben schenken kann. Sie haben hierdurch hinreichende Möglichkeiten, Wahlen ständig zu verschieben oder zu manipulieren, sowie unerwünschte politische Strömungen zu unterbinden, wie Beispiele in Fülle zeigen. Daher kann es nur darum gehen, eine verzahnte Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse je nach den Gegebenheiten des betreffenden Landes konsequent einzufordern und konstruktiv zu begleiten. Dies schließt nicht aus, daß man solchen Staaten hinreichend Zeit gibt, ihren Weg zu finden. Die Frage, ob man es "sich leisten" kann, Menschen in Afrika jetzt schon mehr Demokratie zuzugestehen, hat Präsident Mandela am 1. Juli 1998 auf einer internationalen Konferenz über Menschenrechte in Durban eindeutig dahingehend beantwortet, daß Demokratie und *Good Governance* unerläßliche Voraussetzungen sind, um in Afrika Frieden, politische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand einzuführen. Südafrika muß sich bei seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwandlung mit unsäglichen Erblasten auseinandersetzen. Würde es seine Visionen zunächst dergestalt hinterfragen, ob sie korrumpiert oder pervertiert werden könnten, wäre es sicher bald am Ende seiner Hoffnungen angelangt...

Gesellschaftliche Voraussetzungen für demokratische Entwicklung

Würde man in afrikanischen Ländern Meinungsumfragen darüber durchführen, ob sich die Menschen die Einführung oder Verbesserung demokratischer Verhältnisse wünschen, so würde man vermutlich ähnlich geringe Werte erhalten, wie wir sie aus den Interessenbekundungen westlicher Jugendlichen kenne: Man hat im täglichen Leben anderes im Sinn. Der Unterschied ist nur, daß die Gründe hierfür bei beiden Gruppen sehr unterschiedliche sind. In afrikanischen Ländern leben oft 90 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gebieten, die Politik spielt sich in der fernen Hauptstadt ab. Aber auch dort sind selbst Menschen aus der Mittelschicht infolge der infrastrukturellen Probleme weithin damit befaßt, die täglichen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, etwa stundenlang Schlange zu stehen, bis der nächste, überladene *public transport* vorbeikommt.

Anreize, sich trotz allem mit politischen Zielen zu beschäftigen, sind kaum vorhanden. Nicht allein, daß man in den Schulen kaum an Geschichte, Gesellschaftskunde oder gar politische Bildung herangeführt wird. Politische Parteien bestehen, soweit nicht als staatliche Einheitspartei, oft nur aus einer Handvoll von Führern, die ihre Streitigkeiten miteinander und mit anderen Persönlichkeiten austragen. Institutionen der sogenannten Zivilgesellschaft sind recht schwer organisiert und damit ineffektiv bei der Einforderung gesellschaftspolitischer Verbesserungen. Und schließlich wird von offizieller Seite alles getan, um kontroverse Debatten in den Medien gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Auch in diesem Zusammenhang wäre es wiederum ungerechtfertigt, alle Länder der Region über einen Kamm zu scheren. Während Uganda und die Demokratische Republik Kongo als Einparteienstaaten angesehen werden können, gibt es dort etablierte oppositionelle Parteienstrukturen; in Simbabwe ist an solche erst in Ansätzen zu denken. In Simbabwe ist fraglich, ob die übermächtige Regierungspartei nach den nächsten Wahlen ihre unangefochtene Stellung behaupten kann, in Südafrika und Namibia bauen die dortigen Regierungsparteien eine solche Stellung geradezu auf. In Malawi haben Regierung und Opposition bei den letzten Wahlen ihre Rollen radikal getauscht und wissen noch nicht, wie sie mit der neuen Lage umgehen sollen. In mehreren Ländern gibt es auf-lagenstarke oppositionelle Zeitungen, deren Herausgeber sogar im Kabinett sitzen, anderenorts muß man sich mehr oder weniger mit der verordneten Einheitsmeinung zufrieden geben. In Simbabwe ist die Justiz derart unabhängig und couragiert, daß die meisten Nachbarn nur davon träumen können. Im Kongo-Kinshasa und in Südafrika gibt es einen *Wind of Change*, der Visionen – auch Enttäuschungen – der unterschiedlichsten Art mit sich bringt. Dagegen scheint sich in Sambia oder Tansania zur Zeit wenig Brise zu regen.

Diese wenigen, nur schlaglichtartigen Beispiele sollen zeigen, wie höchst unterschiedlich die Voraussetzungen für gesellschaftliche Entwicklung in den Ländern der Region sind. Dies führt nicht nur bei internationalen

Gebern, sondern bei den afrikanischen Staatsführungen selbst immer mehr zu der Erkenntnis, daß wirksame Schritte nach vorn nur im regionalen Verbund möglich sind. An überstaatlichen Gemeinschaften wie der OAU, COMESA oder SADC fehlt es nicht. Es sind auch deutliche Bestrebungen erkennbar, ihre Effektivität zumindest in einigen Bereichen zu steigern, doch dem sind Grenzen gesetzt. Als Ausweg aus der Unbeweglichkeit dieser Einrichtungen hat eine neue, selbstbewußter werdende Gruppe afrikanischer Führer den Aufbau eigener Netzwerke und politischer Achsen untereinander gewählt. Protagonisten dieser Entwicklung sind vor allem Ugandas Staatschef Museveni und der Nachfolger Präsident Mandelas in Südafrika, jedenfalls als Parteichef des ANC, Thabo Mbeki.

Besinnung Afrikas auf sich selbst

Das, was Männer wie Thabo Mbeki als "afrikanische Wiedergeburt" oder Yoveri Kaguta Museveni als "afrikanisches Erwachen" bezeichnen, wird aus vielfältigen Quellen gespeist: Da sind zum einen die Visionen einer neuen Politikergeneration, die den auf antikoloniale Ziele beschränkten Kampf und die durch den Kalten Krieg begünstigten Fehlentwicklungen wie Korruption und Diktatur nun durch neue Identitäten ersetzen will. Da ist das wachsende Bewußtsein, daß im Interesse der Zukunftsfähigkeit des Landes nicht notwendigerweise alle Werte und Traditionen über Bord geworfen werden müssen; und da ist ferner der Wunsch nach politischer Unabhängigkeit vom Westen und von internationalen Finanzquellen, die man gegenüber manchen afrikanischen Staaten für streng, anderenorts dagegen für doppelbödig und blind hält. Und da ist schließlich die Besinnung auf eine stärkere Nutzung eigener Ressourcen, um nur einige Gründe zu nennen.⁵⁾ Das Unbehagen richtet sich aber ebenso gegen eine wachsende Hegemonie Südafrikas auf allen Gebieten. Jedenfalls beleben diese Aktivitäten die öffentliche Debatte um Verantwortung und Eigeninitiative, sie binden politische Führer in Mechanismen wechselseitiger internationaler Kontrolle ein und fordern ihr Engagement heraus, ebenfalls eine Rolle im Rankingsystem der Kollegen in der Region zu spielen. Dies macht internationale Kontakte zwischen ihnen entspannter und schafft Freiraum für friedliche Entwicklungen. Das sind substantielle Fortschritte gegenüber den postkolonialen Anfängen, als Politiker ihr Land gegen unerwünschte Ratschläge abriegelten, die Bevölkerung auf Fremdenhaß einstimmten und sich selbst ungestört der z.B. mit dem früheren zairischen Präsidenten Mobutu assoziierten Kleptokratie hingaben.

Heutige Entwicklungen fördern eher die politischen Meinungsbildungsprozesse in den betreffenden Ländern oder können sie zumindest nicht mehr verhindern. Das bedeutet zwar keineswegs, daß dadurch schon zu Pluralismus und kontroverser Nachdenken über geeignete politische Optionen oder gar zur Kritik an den eingeschlagenen Wegen aufgefordert würde. Vieles, was an mehr oder weniger freiwilligen Zugeständnissen an eine demokratische Öffnung der Gesellschaft gemacht wird, ist zu einem guten Stück Maskerade und von der politischen Mehrheit mit hinreichenden Auffangmechanismen versehen worden. Da aber die westliche Gebergemeinschaft letztlich wesentliche politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen bestimmt, wäre ein ungeschminktes Bekenntnis zu einem diktatorischen Regierungsstil politisch unvorteilhaft. Weiser ist es gelegentlich, möglichen Kritikern die Existenz demokratischer Rahmenbedingungen wie einer Verfassung, der Pressefreiheit, des Mehrparteiensystem oder der Abhaltung von Wahlen entgegenzuhalten, aber dafür zu sorgen, daß alles wie gewünscht läuft. Die angewandten Tricks dürfen dabei ruhig etwas grob gestrickt sein, um von der Bevölkerung, aber auch vom Ausland noch toleriert zu werden. In Afrika gibt es viele Wege zur Wahrheit. Es entspricht nicht afrikanischer Kultur, nein zu sagen, etwas zuzugeben oder etwas offen abzulehnen. Also wahrt man sein Gesicht und jeder weiß Bescheid. Ein typisches Beispiel dafür ist das in Sambia vor den letzten Präsidentschaftswahlen im November 1996 verabschiedete Gesetz, daß sich kein Kandidat ausländischer Abstammung zur Wahl stellen dürfe. Dadurch wurde der Herausforderer Kenneth Kaunda ausgebootet, obwohl in der Öffentlichkeit gleichzeitig bekannt wurde, daß der amtierende Präsident Frederic Chiluba selbst unter diese Regelung fiel. Dem Herausforderer stand selbstverständlich der Weg zu den Gerichten offen und dort endete er bislang auch.

Die meisten Länder in der Region sind heutzutage Mehrparteiensysteme. In ihren Verfassungen und von ihren Prinzipien her akzeptieren sie Pluralismus der Meinungen, Partizipation der Bürger, insbesondere durch Wahlen,

die Kultur des Dialogs, *Good Governance*, *transparency* und Rechenschaftspflicht sowie Überwindung tribalistischen Denkens. Zum Thema politische Toleranz und Verteilung von Macht antworten Afrikaner, daß es bei ihnen von jeher beide Spielarten gegeben hat: den großen einsamen Baum, unter dessen weiten Ästen nichts anderes gedeiht, und die Bananenstaude, die ihren Lebensraum mit anderen teilt. Demokratisches Gedankengut ist in Afrika nicht so fremd wie uns die Propaganda mancher politischer Führer glauben machen will. Eine Rückbesinnung auf 'alte Werte' ist oft nur vordergründig, um andere Mitspieler abzuhalten und die Schwäche bestehender Kontrollinstanzen für sich auszunutzen. Dies ist exakt das 'ugandische Prinzip'. Es ist ein künstlicher Antagonismus, daß afrikanische Freiheitsbewegungen auf eigener Kultur basierten und deshalb eine legitime Antriebskraft für den Fortschritt in der Unabhängigkeit darstellten, während demokratische Muster nun einer fremden, westlichen Gesellschaft zugeordnet werden. Dieses Gedankengut findet deshalb so weite Verbreitung, weil Bürgerrechte bei der Bevölkerung und selbst in intellektuellen Kreisen nicht primär auf der Tagesordnung stehen. Soweit von demokratischer Transition "im afrikanischen Kontext" gesprochen wird, wird diese wie folgt definiert: Abstreifung militärischer Diktatur und politischer Tyrannei, Internationalisierung demokratischer Werte und Verhaltensweisen sowie Verhinderung eines neuen subtilen Despotismus unter ihrem Schutz. – Diese Ziele dürften nicht nur auf afrikanische Zusammenhänge beschränkt sein.

Die Lehre aus den oben geschilderten Vorkommnissen und einer Fülle von Mißbrauch kann nun nicht heißen, das Buch nun mit den nur allzubekanntenen Argumenten zuzuschlagen, sondern es gilt, konstruktive Auswege zu suchen, mögliche Fehlentwicklungen durch wirksame und effektive politische Kontrolle zu begegnen. Sie kann letztlich nur in den betreffenden Ländern selbst erfolgen, durch die Stärkung neuer Eliten in Entscheidungsfunktionen vor allem der Regierung, des Parlaments, der Justiz und der Ordnungsbehörden, der sogenannten Zivilgesellschaft, der politischen Parteien und der Presse.⁶⁾ Besondere Schlüsselgruppen für gesellschaftliche Verantwortung sind Jugendliche und Frauen. In allen Staaten gibt es neue Köpfe und Institutionen als ein ermutigendes Zeichen der Erneuerung, oft noch zu punktuell und ohne tragfähige Organisation. Wesentliche Gründe für ihre Schwäche sind nicht fehlende Einsicht oder Mangel an politischem Willen, sondern der auf der gesamten Gesellschaft lastende Nebel von Ineffizienz und Inkompetenz. Solche neuen Kräfte weiter zu ermutigen ist nicht nur eine Frage von Menschenrechten und Demokratie, sondern auch unabdingbare Voraussetzung für *checks and balances* der Macht, der Verwendung von Mitteln und Ressourcen, für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung durch die Anziehung von Investoren. Und nicht zu vergessen der Einfluß des Islam, dessen Zunahme nicht nur in Malawi massiv verfolgt wird – dies wirft strategische Fragen aller Art auf.

Was kann der Westen tun?

Trotz aller Ermutigungen seitens der internationalen Gemeinschaft an politische Führungen in Afrika, eigene Wege zur Konfliktvorbeugung und -lösung und zu einer *better governance* zu finden, ist jedermann klar: allein aus eigener Kraft wird dies nicht zu bewerkstelligen sein. Also haben auch weiterhin die üblichen externen Spieler ihre Hand im Spiel: Weltbank und IWF, die USA, die früheren Kolonialmächte und der eine oder andere Neuling. Und obwohl der koloniale Einfluß, gemessen an den Ereignissen der Tagespolitik, zugunsten 'afrikanischer Lösungen' deutlich sinkt, ist er, wenn es darauf ankommt, doch sofort parat. Nach wie vor gibt es erhebliche wirtschaftliche Investitionen zu verteidigen – man denke z.B. an die Geschäftswelt Kenias oder an die Farmer in Simbabwe. Und wenn es Anzeichen dafür gibt, daß sich Frankreich in seinen früheren Einflußgebieten in jüngerer Zeit merklich zurückgehalten hat, so entspringt dies nicht einem plötzlichen Desinteresse, sondern einer einkalkulierten Umorientierung, weg von oft erheblichen finanziellen Belastungen. Zugegeben: der Ansatz Frankreichs, seine früheren Kolonialuntertanen zu "kleinen Franzosen" zu erziehen und sich damit eine hegemoniale Stellung zu sichern, nimmt sich heute etwas hilflos aus.⁷⁾ Reaktionen darauf, wie die Auflösung des französischen Entwicklungsministeriums, das ein Erbe des früheren Kolonialismus war, und seine Einverleibung in das Außenministerium sind wichtige Signale. Es ist jedenfalls anzunehmen, daß Frankreich nun, wenn auch mit anderen Mitteln als den jüngst erfolglosen Söldnern, weiter um seinen Einfluß kämpfen wird. Als Kongos neuer Präsident Kabila öffentlich verkündete, er werde die Gemeinschaft der frankophonen Länder verlassen, ist sicher einiges an 'Überredungskunst' eingesetzt worden, damit sich diese Äußerung alsbald als bedauerliche Fehlinterpretation herausstellte. Präsident Chirac hat bei seiner Junireise deutlich gemacht, wie präsent Frankreich als "Freund und Partner" und auch in seiner Rolle als

Mitgliedsstaat der Europäischen Union bleiben möchte. In ähnlicher Weise äußerte sich auch Präsident Clinton im März dieses Jahres.

Der Einfluß, der dem Westen bleibt, fußt auf der Konditionierung von Hilfe. Sie ist nicht mehr im alten Sinne des Ost-West-Konflikts an Wohlverhalten geknüpft, sondern sie nimmt heutzutage Chancen wahr, die vor einigen Jahren noch als Einmischung inakzeptabel waren. Hiervon sollte auch weiterhin in möglichst abgestimmter Weise Gebrauch gemacht werden. Die Aufforderung geht dabei nicht nur an solche Geber, die schon lange ihre Claims abgesteckt hatten. So sind etwa die Erwartungen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in weiten Teilen Afrikas enorm, weil sie als demokratischer, insbesondere auch föderaler Rechtsstaat und als wohlhabender und einflußreicher Partner bekannt ist. Dank des Fehlens unmittelbarer kolonialer Belastungen wird von ihr vielfach eine auch politisch aktivere Rolle etwa als Vermittler erwartet. Nachhaltige Hilfe und Kooperation können dabei auf den verschiedensten Ebenen erfolgen. Deutschland verfügt über eine breite Palette erfahrener Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, nicht zuletzt die politischen Stiftungen. Die Herausforderungen der gesellschaftlichen und demokratischen Entwicklungen in den Staaten Afrikas sind gewaltig; kaum ein westlicher Partner wagt hier einen substantiellen und kompetenten Beitrag. Gerade die Herausforderungen auf diesem Feld sollten die deutschen politischen Stiftungen annehmen.

- 1) *Die Welt* vom 20. Okt. 1997
 - 2) *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17. April 1998
 - 3) Vgl. Thiel, *E+Z. Entwicklung und Zusammenarbeit* 12/96.
 - 4) Tetzlaff in *epd-Entwicklungspolitik* 4/1997.
 - 5) Vgl. dazu M. Bowden in *epd-Entwicklungspolitik*, 9/98.
 - 6) Vgl. R. Köbler in *afrika süd* 5/95 und 6/97
 - 7) vgl. Birnbaum in *Süddeutsche Zeitung* vom 4.4.1997.
-

Michael Schlicht ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Simbabwe.